



## Plenarprotokoll

### 68. Sitzung

Donnerstag, 10. Dezember 2020

Inhalt .....	Seite	Inhalt .....	Seite
<b>Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches .....</b>	<b>8078</b>	Andreas Wild (fraktionslos) .....	8094
<b>Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde .....</b>	<b>8078</b>	Marcel Luthe (fraktionslos) .....	8094
<b>1 Aktuelle Stunde .....</b>	<b>8079</b>	Regierender Bürgermeister Michael Müller .....	8097
gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Ergebnis .....	8102
<b>Mit Solidarität und Umsicht gegen die         Pandemie: Mit der Impfstrategie und         gutem Infektionsschutz – zuerst und vor         allem für besonders gefährdete Gruppen ..</b>	<b>8079</b>	<b>9 A Vierzehntes Gesetz zur Änderung der         Verfassung von Berlin .....</b>	<b>8102</b>
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)		Dringliche Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung vom 9. Dezember 2020 Drucksache <a href="#">18/3232</a>	
in Verbindung mit		zum Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP Drucksache <a href="#">18/3179</a>	
<b>43 Vierzehnte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2- Infektionsschutzverordnung .....</b>	<b>8080</b>	Zweite Lesung in Verbindung mit	
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache <a href="#">18/3204</a>		<b>25 A Zweite Änderung der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin (GO Abghs) .....</b>	<b>8103</b>
Silke Gebel (GRÜNE) .....	8080	Dringliche Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung vom 9. Dezember 2020 Drucksache <a href="#">18/3234</a>	
Burkard Dregger (CDU) .....	8082		
Raed Saleh (SPD) .....	8083		
Georg Pazderski (AfD) .....	8085		
Carsten Schatz (LINKE) .....	8087		
Florian Kluckert (FDP) .....	8089		
Lars Düsterhöft (SPD) .....	8091		
Florian Kluckert (FDP) .....	8091		
Andreas Wild (fraktionslos) .....	8092		
Antje Kapek (GRÜNE) .....	8092		
Andreas Wild (fraktionslos) .....	8092		
Christian Gräff (CDU) .....	8094		

Sibylle Meister (FDP) .....	8160	<b>6</b>	<b>Gesetz zur Regelung von Zuständigkeiten im Meldewesen, zur Bestimmung der eID-Karte-Behörden, zur Änderung des Gesetzes über das Verfahren der Berliner Verwaltung und zur Aufhebung von weiteren Gesetzen .....</b>	<b>8184</b>	
Jörg Stroedter (SPD) .....	8161		Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres, Sicherheit und Ordnung vom 16. November 2020 und dringliche Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 2. Dezember 2020		
Henner Schmidt (FDP) .....	8161		Drucksache <a href="#">18/3212</a>		
Jörg Stroedter (SPD) .....	8162		zur Vorlage – zur Beschlussfassung –		
Stefan Förster (FDP) .....	8162		Drucksache <a href="#">18/2950</a>		
Jörg Stroedter (SPD) .....	8162		Zweite Lesung		
Christian Gräff (CDU) .....	8163		Ergebnis .....	8184	
Carsten Schatz (LINKE) .....	8164				
Christian Gräff (CDU) .....	8165				
Carsten Schatz (LINKE) .....	8166				
Frank-Christian Hansel (AfD) .....	8166				
Harald Moritz (GRÜNE) .....	8167				
Ergebnis .....	8168				
<b>4.5</b>	<b>Priorität der Fraktion der SPD .....</b>	<b>8168</b>			
<b>39</b>	<b>Berliner Rettungsschirm für den Sport anpassen .....</b>	<b>8168</b>			
	Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen				
	Drucksache <a href="#">18/3193</a>				
	Dennis Buchner (SPD) .....	8168			
	Stephan Standfuß (CDU) .....	8169			
	Philipp Bertram (LINKE) .....	8171			
	Frank Scheermesser (AfD) .....	8172			
	Nicole Ludwig (GRÜNE) .....	8173			
	Stefan Förster (FDP) .....	8174			
	Karsten Woldeit (AfD) .....	8175			
	Stefan Förster (FDP) .....	8175			
	Frank Scheermesser (AfD) .....	8176			
	Stefan Förster (FDP) .....	8176			
	Ergebnis .....	8176			
<b>4.6</b>	<b>Priorität der Fraktion der CDU .....</b>	<b>8176</b>			
<b>47</b>	<b>Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Ursachen, Konsequenzen und Verantwortung für finanzielle Risiken des Landes Berlin in Zusammenhang mit spekulativen Immobiliengeschäften der „DIESE eG“ und deren öffentlicher Förderung .....</b>	<b>8176</b>			
	Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP				
	Drucksache <a href="#">18/3208</a>				
	Stefan Evers (CDU) .....	8177			
	Sebastian Schlüsselburg (LINKE) .....	8177			
	Stefan Evers (CDU) .....	8177			
	Torsten Schneider (SPD) .....	8178			
	Dr. Kristin Brinker (AfD) .....	8179			
	Dr. Michail Nelken (LINKE) .....	8180			
	Bernd Schlömer (FDP) .....	8181			
	Katrin Schmidberger (GRÜNE) .....	8182			
	Ergebnis .....	8184			
			<b>7</b>	<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Vergnügungsteuergesetzes .....</b>	<b>8184</b>
				Dringliche Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 2. Dezember 2020	
				Drucksache <a href="#">18/3213</a>	
				zur Vorlage – zur Beschlussfassung –	
				Drucksache <a href="#">18/3103</a>	
				Zweite Lesung	
				Ergebnis .....	8184
			<b>8</b>	<b>Gesetz zur besoldungsrechtlichen Umsetzung von Ämterbewertungen und zur Änderung weiterer Vorschriften .....</b>	<b>8185</b>
				Dringliche Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 2. Dezember 2020	
				Drucksache <a href="#">18/3214</a>	
				zur Vorlage – zur Beschlussfassung –	
				Drucksache <a href="#">18/3151</a>	
				Zweite Lesung	
				Ergebnis .....	8185
			<b>9</b>	<b>Gesetz zur Neuregelung dienstrechtlicher Einstellungshöchstaltersgrenzen .....</b>	<b>8185</b>
				Dringliche Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 2. Dezember 2020	
				Drucksache <a href="#">18/3215</a>	
				zur Vorlage – zur Beschlussfassung –	
				Drucksache <a href="#">18/3152</a>	
				Zweite Lesung	
				Ergebnis .....	8185

**(Stefan Evers)**

least Senator Kollatz als der Verantwortliche für die Berliner Finanzen – und wie mit denen umgegangen wurde, das hat es in kaum einem Berliner Finanzskandal in dieser Dreistigkeit gegeben.

[Beifall bei der CDU und der FDP –  
Beifall von Dr. Kristin Brinker (AfD) –  
Zuruf von Sebastian Schlüsselburg (LINKE)]

Am Anfang dieser Affäre mag ja ein hehres Motiv gestanden haben, und ich bin sogar bereit zu glauben, dass es den meisten Kollegen bei Ihnen sogar dem Grunde nach darum ging, die Sorgen von Mieterinnen und Mietern ernst zu nehmen – begründete Sorgen, wenn Häuser, und das oft zum Mondpreis – und dafür habe auch ich kein Verständnis – an neue Eigentümer verkauft werden, zu Preisen, bei denen natürlich die Furcht vor steigenden Mieten im Raum steht. Das ist doch überhaupt keine Frage. Ihre Antwort aber, die Antwort im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, war die falsche. Man bekämpft doch private Spekulation nicht mit öffentlicher Spekulation. Man bricht nicht geltendes Recht, um einen befürchteten Rechtsbruch abzuwenden. Man nimmt Sorgen auch nicht mit Angstmacherei.

[Tobias Schulze (LINKE): Was war denn Ihre Antwort? Da haben wir nichts gehört!]

Wir leben ja zum Glück in einer sozialen Marktwirtschaft. Wir haben ein Mietrecht mit starken sozialen Leitplanken, und egal, wie teuer jemand ein Haus kauft – er darf sich gegenüber keinem Mieter so verhalten wie ein Hai im Goldfischteich.

[Tobias Schulze (LINKE): Das machen sie aber!]

Wenn Sie den Eindruck haben, dass Mieterrechte in dieser Stadt nicht durchgesetzt werden, dann halten Sie sich an Ihren Justizsenator. Ich glaube, da ist reichlich Luft nach oben.

[Beifall bei der CDU –  
Beifall von Stefan Förster (FDP)  
und Bernd Schlömer (FDP)]

Was ist aber in Friedrichshain-Kreuzberg passiert? – Da nimmt ein Stadtrat uns alle, ganz Berlin, alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, in Haftung und nutzt das Vorkaufsrecht als vermeintlich scharfes Schwert gegen den in seinen Augen allgegenwärtigen Raubtierkapitalismus. Er kauft Häuser zugunsten einer noch in Gründung befindlichen Genossenschaft, ohne jede Sicherheit, ohne jedes Kapital, für zig Millionen Euro, die der Bezirk nicht hat und die auch kein anderer auszugeben bereit war für diese überbewerteten Immobilien, keine landeseigene Gesellschaft, keine Wohnungsbaugenossenschaft. Der Rechnungshof spricht zu Recht von einer schweren Pflichtverletzung. – Und was machen Sie? Sie bejubeln den Kampf gegen finstere Mächte. Na, herzlichen Glückwunsch!

[Beifall bei der CDU –  
Burkard Dregger (CDU): So ist es! Ja!]

Das Dumme ist nur, dass dieses scharfe Schwert des Vorkaufsrechts in der Art und Weise, wie in Friedrichshain-Kreuzberg damit umgegangen wird, vor allem in das Fleisch des Steuerzahlers schneidet und, wie wir inzwischen wissen, auch in das Fleisch der Mieterinnen und Mieter, denn die DIESE eG bedeutet nicht nur ein unverantwortliches Haftungsrisiko für die frischgebackenen Genossinnen und Genossen, sondern vor allem reihenweise Mieterhöhungen. An allen Bremsen und Deckeln des Mietrechts vorbei wurden in dieser DIESE eG die Mieten erhöht. Ich sage immer: Kein privater Immobilienspekulant hätte sich je so verhalten dürfen, wie Sie es bei der DIESE eG politisch billigen. Das finde ich einen Skandal ganz eigener Art. Das ist typisch grüne Doppelmoral.

[Beifall bei der CDU und der FDP –  
Beifall von Dr. Kristin Brinker (AfD) und  
Dr. Hugh Bronson (AfD)]

Ein Untersuchungsausschuss bewirkt keine Wunder, aber er hat viele Möglichkeiten. Er hat die Möglichkeit, Licht in dieses Dickicht zu bringen, Licht in die Immobiliengeschäfte in Zusammenarbeit zwischen Florian Schmidt und Senator Scheel. Es geht um mehr als einen experimentierfreudigen Stadtrat, wie Ihre grüne Spitzenkandidatin, wo auch immer sie gerade ist, ja verniedlichend meint. Es geht um die parlamentarische Aufklärung eines Skandals, der sinnbildlich steht für das Selbstverständnis dieser gesamten Koalition. Es geht um einen real existierenden Populismus in Berlin. Der Rechnungshof hat den ersten Schritt bei der Aufklärung getan, jetzt ist das Parlament am Zug, und dabei werden wir keine weitere Zeit mehr verlieren. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU –  
Vereinzelter Beifall bei der FDP –  
Zurufe von Katrin Schmidberger (GRÜNE) und  
Daniel Wesener (GRÜNE)]

**Präsident Ralf Wieland:**

Für die SPD-Fraktion folgt der Kollege Schneider.

[Stefan Evers (CDU): Jetzt werden die Panzer gezogen!]

**Torsten Schneider (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein Ratsschlag an die FDP: Bekräftigen Sie bitte nicht – das wäre nämlich ein echter Fehler, karnevalesker Fehler –, dass es hier nicht um Wahlkampf geht. Nach diesem Wortbeitrag ist diese Frage entschieden, und zwar in dem Sinne, dass Sie hier nur eins im Blick haben: Radau im Wahlkampf.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und  
den GRÜNEN –  
Paul Fresdorf (FDP): Gut, dass Ihr  
so was nicht macht!]

**(Torsten Schneider)**

Jetzt ist diese Zwischenbemerkung ja auch nur ein Geständnis zweiter Klasse, lieber Paul Fresdorf.

[Zuruf von der LINKEN: Peinlich!]

Das ist dem Vorgang überhaupt nicht angemessen.

[Lachen bei der CDU und der FDP –  
Zuruf von Holger Krestel (FDP)]

Unseren Freunden von den Koalitionspartnern sage ich: Nehmen Sie nicht an, die SPD-Fraktion steuert diesen Untersuchungsausschuss, indem der Parlamentarische Geschäftsführer ihn leitet. Das wird der Kollege Zimmermann übernehmen.

[Beifall von Sebastian Schlüsselburg (LINKE) –  
Stefan Evers (CDU): Guter Mann!]

Haben Sie keine Sorge – ich werde dort auch nicht Obmann sein. Das wird ein anderer Kollege übernehmen, die Frage ist entschieden. Ich sage das jetzt so, weil das schon oft gefragt wurde.

Wir haben unsere politische Auffassung, die wir hier vor über einem Jahr kenntlich gemacht haben, nicht geändert.

[Unruhe –  
Stefan Evers (CDU): Jetzt lasst den Mann  
doch mal ausreden!]

Die SPD-Fraktion ist der Auffassung, dass wir nicht bereit sind, aus politischen Gründen mehr Geld für eine Wohnungsprivatisierung, auch zugunsten einer Genossenschaft, auszugeben als zum Vollerwerb zugunsten des Landes Berlin.

[Beifall von Thomas Isenberg (SPD) –  
Stefan Evers (CDU): Hört, hört!]

Das haben wir hier vor anderthalb Jahren erklärt, daran hat sich nichts geändert. Allerdings wird ein Klammkausschuss daran auch nichts ändern. Das ist unsere Auffassung in der Sache. Ansonsten werden wir selbstverständlich den Untersuchungsausschuss konstruktiv begleiten, wir werden unsere parlamentarische Arbeit machen. Aber für Sie steht das Ergebnis bereits fest, und jetzt geht es um Orchestrierung. Da haben Sie uns ganz sicher nicht an Ihrer Seite. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und  
den GRÜNEN]

**Präsident Ralf Wieland:**

Für die AfD-Fraktion folgt dann Frau Dr. Brinker.

**Dr. Kristin Brinker (AfD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben bereits häufiger in diesem Plenum über die Vorgänge rund um die DIESE eG debattiert, zuletzt zu unserem AfD-Antrag, in dem wir gefordert

hatten, die Geschäfte der DIESE eG auf den Prüfstand zu stellen und mögliche Schäden zu begrenzen.

Zwischenzeitlich haben wir bei allen beteiligten Verwaltungen Akteneinsicht genommen, bei der Senatsverwaltung für Finanzen, der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg und dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg. Jeder, der sich diese Akten vollständig angesehen hat, weiß, welcher Druck seitens der Verantwortlichen der DIESE eG, aber auch aus dem Rathaus Friedrichshain-Kreuzberg und den Reihen der Grünen auf die Senatsverwaltungen ausgeübt wurde, um die Finanzierungen der Ankäufe irgendwie darzustellen. Ich sage ganz bewusst „irgendwie darzustellen“, denn die Akten strotzen nur so vor Listen mit teils abenteuerlichen Berechnungen zur angeblichen Finanzierbarkeit.

Inzwischen hat auch der Landesrechnungshof die Ausübung der Vorkaufsrechte geprüft und dem Handeln des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg ein katastrophales Zeugnis ausgestellt. Der Rechnungshof schreibt – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

Die Vorkaufsausübungen begründeten eine gesamtschuldnerische Haftung des Bezirks von mehr als 27 Mio. €, die mit einem außerordentlich hohen Eintrittsrisiko behaftet war.

– Zitat Ende. – In der Tat sind bereits jetzt Kosten zulasten des Bezirks in Höhe von 270 000 Euro entstanden. Warum sind die Vorgänge rund um die DIESE eG zwingend aufklärungsbedürftig? – Ich kann mich da nur wiederholen: Wir haben es hier mit einer völlig wahnwitzigen Konstruktion zu tun, die am Ende sowohl in einem Desaster für die Mieter und Genossenschaftler enden kann als auch in einer gewaltigen Verschwendung von Steuergeldern.

Warum? – Die Liste der Punkte ist lang: zu hohe Kaufpreise, defizitäre Bewirtschaftung, hoher Instandhaltungsrückstau, kein Eigenkapital, keine gesicherte Finanzierungsbasis und keinerlei Erfahrung in der Bewirtschaftung von Miethäusern sind nur einige der Prämissen der grünen Immobilienräume. Hinzu kommen ein Genossenschaftsvorsitzender, der praktischerweise in einer Genossenschaftsbank arbeitet und dessen Bank erstrangig Hypothekenkredite ausgibt, und ein Senat, der Zuschüsse aus Steuergeldern zu diesem wackligen Immobiliendeal zu geben bereit ist und offenbar IBB-Manager in diesem Zusammenhang von der Haftung freistellen will, weil denen der Deal zu fragwürdig erschien.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Hört, hört!]

Da dieses wacklige Konstrukt zu kippen drohte, wurde kurzerhand eine weitere Genossenschaft hinzugezogen; die sprang für die quasi insolvente DIESE eG ein. Welche Genossenschaft tut so etwas und setzt sich allen genannten Risiken aus? – Aufsichtsratsvorsitzende dieser